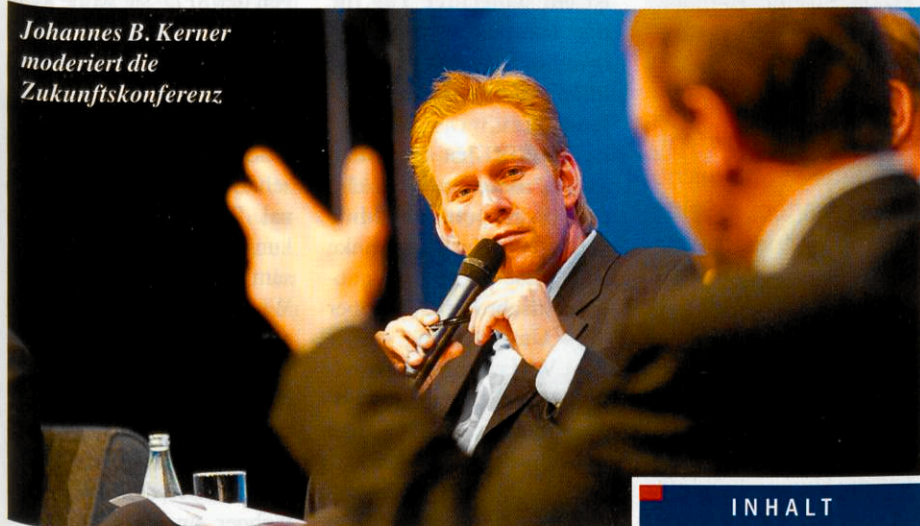


Johannes B. Kerner
moderiert die
Zukunftskonferenz



ERSTE ZUKUNFTSTAGE DER CDU

Die Herausforderung annehmen

„Morgen.DE. Deutschland weiter denken.“ Unter diesem Motto stand der zweite Tag der „1. Zukunftstage der CDU“.

Nachdem auf dem „Kleinen Parteitag“ das Konzept „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration för-

dern“ einstimmig beschlossen wurde, schloss sich die „Zukunftskonferenz“ am darauffolgenden Tag an. 1300 Gäste folgten der Einladung der CDU in einen umgebauten Hangar des Berliner Flughafens Tempelhof, (Fortsetzung S. 3)

INHALT

ZUKUNFTSTAGE
TEIL II:

„Morgen.DE.
Deutschland weiter
denken.“

1. Zukunftskonferenz
der CDU
SEITE 3 – 7

BERLIN:

Frank Steffel –
Neue Kraft für die
Hauptstadt
SEITE 8 – 11

Die SPD verlässt die politische Mitte

■ Zukunftstage Teil II: „Morgen.DE. Deutschland weiter denken“. 1. Zukunftskonferenz der CDU (Seite 3–7) ■ Laurenz Meyer: Die SPD verlässt die politische Mitte (Seite 2) ■ Frank Steffel: Berliner Spitzenkandidat stellt sich vor (Seite 8–9) ■ Frank Steffel: Zukunftsweisende Politik ist von Rot-Rot-Grün nicht zu erwarten (Seite 10–11) ■ Annette Widmann-Mauz: Nicht nur Bares zählt (Seite 12) ■ Aus der CDU/CSU-Fraktion (Seite 13) ■ Aufgelesen (Seite 14–15) ■ Kirchentag: Ein Ereignis besonderer Art (Seite 16–17) ■ EAK: Frankfurter Erklärung zur Gentechnologie (Seite 17–18) ■ Konjunktur: Der Markt schlägt zurück (Seite 19–20) ■ Wachstumsprognosen: Quittung für Rot-Grün (Seite 20)

Die Abwahl des Berliner Senats mit den Stimmen von SPD, PDS und Grünen ist ein schlechter Tag für die Hauptstadt und ein falsches Signal für die politische Kultur in Deutschland.

Die SPD hat mit ihrem Schritt deutlich gemacht, dass sie die politische Mitte verlässt und ihr Weg in linke Bündnisse führt. Eine demokratische Partei, die aber mit Unterstützung einer vom Verfassungsschutz beobachteten Partei zusammenarbeitet, stellt sich selbst ins Abseits.

Die aktuellen Entwicklungen sind offensichtlich Teil langfristiger Pläne der SPD. Aus rein machttaktischen Gründen hat sie die PDS hoffähig und die Berliner Situation zum Probelauf für weitere Bündnisse mit der PDS sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene gemacht. Für die Macht ver-

kauft die SPD heute ihre Ideale und Wurzeln der Sozialdemokratie. Versicherungen der SPD, sie wolle kein rot-rotes Bündnis im Bund, sind nicht mehr glaubwürdig.

Die Regierungsbeteiligung einer spätsozialistischen Partei ist für die Wirtschaft ein verheerendes Signal. Die negativen Auswirkungen einer rot-roten Zusammenarbeit belegen die Wirtschaftsdaten in Sachsen-Anhalt. Firmen sind zum großen Teil abgewandert, neue nicht entstanden. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung steht Sachsen-Anhalt mit über 10.500 DM pro Einwohner an der Spitze in Deutschland.

Das SPD/PDS-Bündnis ist im Praxistest gescheitert. Eine rückwärtsgewandte Partei, die Unternehmen und Konzerne verstaatlichen will und in sozialistischen Denkmustern verharret, schadet der Zukunft der Hauptstadt.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

um die Möglichkeit zur Mitgestaltung von Zukunftsthemen wahrzunehmen.

Als Moderator für die Konferenz konnte Johannes B. Kerner gewonnen werden. Der bekannte TV-Moderator führte mit der von ihm bekannten Lockerheit durch den Tag. Gleich zu Beginn der Konferenz machte die Parteivorsitzende Angela Merkel in ihrer Begrüßung den Anspruch an die Politik der CDU in der Zukunft deutlich: „Lösungen zu finden, wie man die Freiheit der Wissensgesellschaft nutzen kann, ohne die moralischen Maßstäbe zu verlieren.“

Forum

„Wissenswelten“

Bereits im ersten Forum zeigte sich, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, welche Regeln in der Wissensgesellschaft gelten sollen. Am Beispiel der aktuellen Gentechnik-Debatte diskutierte Johannes B. Kerner diese Fragestellung mit dem Leiter des Instituts für Halbleiterphysik in Frankfurt/O., Abbas Ourmazd, dem Hirnforscher Wolf Singer, dem Moralthologen Eberhard Schocken-

hoff und dem Berliner Journalisten Bernd Ulrich.

Wolf Singer begrüßte es, dass sich die CDU Deutschlands die notwendige Zeit für die Gentechnik-Debatte nehme. Dabei forderte er, die breite Bevölkerung in Form eines „bottom-up-Prozesses“ einzubeziehen. Nicht nur die Wissenschaftler und die Entscheidungsträger müssten über die Entwicklungen informiert sein. Auch Bernd Ulrich sprach sich für eine offene Diskussion aus, die allerdings in einen konkreten Entscheidungsprozess münden müsse. Aus moraltheologischer Sicht plädierte Eberhard Schockenhoff dafür, den Menschen Orientierungswissen zur Verfügung zu stellen. Mindestvoraussetzung sei dabei die Einsicht, dass die individuelle Freiheit dort ende, „wo die Lebensrechte und die Lebenschancen anderer berührt werden“.

Darüber hinaus wurde die Frage diskutiert, in wie weit die gesetzlichen Regelungen in Deutschland Wissenschaft und Forschung im Vergleich zum Ausland behindern würden. Der US-Amerikaner Abbas Ourmazd erklärte, dass er in Deutschland schwierigere Arbeitsbedingungen vorfinde als im Ausland. In Deutschland

werde jede Diskussion schnell zu einer Grundsatzfrage. Im Gegensatz zu der pragmatischen, prozessorientierten Vorgehensweise in den angelsächsischen Ländern operiere die Politik hierzulande eher mit Verbotschildern. So werde versucht, bereits bei der Grundlagenforschung alle möglichen Risiken auszuschließen anstatt zu versuchen, sie im Forschungsprozess zu managen. In diesem Zusammenhang charakterisierte er Deutschland als „Warum-Gesellschaft“ und die USA als „Warum-nicht-Gesellschaft“.

Der Leiter des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung, Wolf Singer, kritisierte, dass sich Deutschland zwar der Forschungsergebnisse anderer Länder bediene, jedoch nicht davor zurückschrecke, diese Forschung im eigenen Land zu verbieten. Singer forderte ein „hohes Sozialprestige“ für alle, die Wissen vermitteln würden: Konkret nannte er Eltern und Lehrer. Zugleich wandte er sich scharf gegen die „Arroganz und Ignoranz“ der Gesellschaft im Umgang mit den intellektuellen Kapazitäten der jungen Menschen. Der Hirnforscher forderte einen „kritischen, aufgeklärten Wissenschaftsjournalismus“, um

die Kluft zwischen den Forschern und der breiten Bevölkerung zu reduzieren. Darüber hinaus schlug er vor, der Politik wissenschaftliche Beratergremien an die Seite zu stellen, damit den Entscheidungsträgern gerade in Krisensituationen,

Grenzen zu erkennen und zu setzen. Eine dieser Grenzen werde mit der Forschung an embryonalen Stammzellen klar überschritten.

Außerdem sprach sich der Moraltheologe für die völkerrechtliche Kodifizierung ethischer Mindeststandards

eine eigene Fragestellung, die zur deutschen Wissenschaftskultur dazugehöre und ein „Standortvorteil“ sei. Abschließend appellierte Abbas Ourmazd an die deutsche Öffentlichkeit, die anstehenden Grundsatzdiskussionen mit der gebotenen Toleranz zu



als Beispiel nannte Singer die BSE-Seuche, schneller und vor allem sachkundiger Fakten zur Verfügung gestellt werden könnten.

In der Diskussion, in wie weit sich die ethische Diskussion als Forschungsbremse erweise, sagte Eberhard Schockenhoff, dass der Mensch den Auftrag habe, sein Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Daraus ergebe sich ein prinzipielles Ja zu Wissenschaft und Technik. Allerdings habe der Mensch auch die Aufgabe und die Fähigkeit,

aus, gerade im Bereich der Gentechnik. Es sei ethisch nicht vertretbar, menschliche Lebewesen zu vernichten bzw. als Forschungsmaterial zu verwenden, um anderen zu helfen. Dies bedeute einen Dammbbruch, mit dem sich die Menschen in ihrer „Menschlichkeit“ letztlich selbst beschädigen würden. Schockenhoff forderte Wissenschaftler und Politiker auf, sich stets die Gründe für menschliches Handeln vor Augen zu führen und zu fragen, „warum wir so handeln wie wir handeln“. Dies sei

führen und nicht zu einer „fundamentalistischen“ Debatte ausufern zu lassen.

Forum „Lebenswelten“

Als zentrales Thema für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft stand im zweiten Forum die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neue Freiräume und gesellschaftliche Akzeptanz für die Kombination von Familie und Beruf müssten ge-

schaffen werden, betonte die Vorsitzende der Jungen Union, Hildegard Müller. Dies setze nicht nur konkrete Maßnahmen bei den Unternehmen voraus, sondern auch die Förderung von Selbstverantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft. Die fehlende Verantwortung und gesellschaftliche Akzeptanz von Familie und Beruf, sei eine zentrale Ursache für den Geburtenmangel in Deutschland, urteilte Gisela Erler, Inhaberin der Firma Familienservices. In Frankreich oder Skandinavien sei die gesellschaftliche Akzeptanz von berufstätigen Müttern sehr hoch. Dies drücke sich sowohl durch die hohen Geburtenraten, wie auch die gleichermaßen hohen Frauenerwerbsquoten aus. Deutschland habe hier sowohl im Denken wie auch dem Handeln einen erheblichen Nachholbedarf.

Dabei steht die Familie mitten in einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozess, wie der Münchner Zeitforscher Karlheinz Geißler feststellte. Das Leben werde im Zeitalter der Globalisierung schneller, die Trennung zwischen Arbeit und Feierabend fließend. Kinder müssten heute lernen, dass ihre Eltern

am Abend zwar zu Hause seien, aber nicht unbedingt Zeit für sie hätten. Auf die Familie komme zunehmend die Aufgabe zu, die zur Verfügung stehende Zeit für ihre eigene Organisation zu nutzen, statt sie zu leben.

Familie, so Geißler, brauche Zeit, also Langsamkeit und Stabilität. Und dies stehe im Gegensatz zu den Erfordernissen von Schnelligkeit und Flexibilität. „Liebe und Vertrauen sind nicht beschleunigbar“, betonte der Zeitforscher. Deshalb müsse man an, die „Produktivität der Langsamkeit“ wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Die Menschen brauchen einen Rhythmus von Aktivität und Ruhe. Deshalb habe auch der Sonntag als Tag der Ruhe eine hohe Bedeutung. Denn 70 Prozent der Familien würden die Institution „Familie“ gerade beim Frühstück am Sonntag erleben.

Die Bedeutung des Sonntags für die Menschen unterstrich auch Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Allerdings wandte er sich gegen gesetzliche Reglementierungen zum Beispiel bei den Ladenöffnungszeiten. Vielmehr müsse die Bedeutung des Sonntags wieder neu im Denken der Deutschen verankert werden. Daran müs-

sten alle gesellschaftlichen Gruppen arbeiten, auch die Kirchen und Vereine.

Als einen wichtigen Produktionsfaktor für sein Unternehmen nannte Thomas Sailer, Personalleiter des Textilunternehmens Rösch, die Zufriedenheit der Mitarbeiter. Schließlich gäben die Mitarbeiter ihre privaten Probleme nicht am Werkstor ab. Das Tübinger Unternehmen – bundesweit ausgezeichnet als „familienfreundlicher Betrieb“ – betreibt seit 1970 einen Betriebskindergarten, der mittlerweile von 6 Uhr bis 20 Uhr geöffnet ist, ein Schwimmbad und wird bald auch eine Kinderkrippe eröffnen. „Wir sichern unsere Rentabilität über die Zufriedenheit unserer Mitarbeiter“, sagte Sailer.

Forum „Politik machen“

In diesem Foremerklärten der estnische Ministerpräsident, Mart Laar, der Gelsenkirchener Bürgermeister, Oliver Wittke, und CDU-Generalsekretär, Laurenz Meyer, wie das Internet eingesetzt werden kann, um Politik transparenter zu machen und welche Möglichkeiten das Internet bietet, um den Bürgern mehr politi-

sche Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Die drei Referenten stimmten darin überein, dass Politik und Verwaltung sich zukünftig daran messen lassen muss, wie hoch die Bereitschaft ist, nutzerorientierte Informationen in das Internet einzustellen.

werde. Das Ziel für 2003 sei die Vernetzung aller politisch relevanten Informationen und die Bereitstellung aller öffentlichen Dienstleistungen im Internet.

Der jüngste Oberbürgermeister Deutschlands, Oliver Wittke, schloss sich in

sten kann. Die steigenden Zugriffszahlen auf die Serviceangebote würden deutlich zeigen, dass die Menschen ihre Scheu vor dem Internet ablegt hätten.

Am Beispiel ausgewählter Elemente des CDU-Internetangebots erklärte



An den Ausführungen von Mart Laar wurde deutlich, dass Estland diesbezüglich eine Vorreiterrolle einnimmt. 100 Prozent der Schulen in Estland hätten einen Internetzugang, ebenso 100 Prozent aller öffentlichen Einrichtungen. Im privaten Sektor betrage die Abdeckung 80 Prozent. Die hohe politische Priorität des Internets zeige sich darin, dass bereits jetzt die tagtägliche Regierungsarbeit in den Ministerien und in der Staatskanzlei fast vollständig virtuell abgewickelt

seinem Beitrag den Ausführungen seines Vorredners, des estnischen Ministerpräsidenten, an. Sein Ziel sei es, zuerst die im Alltag erforderlichen Dienstleistungen über das Internet bereitzustellen. Am Beispiel des Bestellens eines Auto-Nummerschildes machte der Gelsenkirchener Oberbürgermeister deutlich, mit welchen einfachen Maßnahmen die öffentliche Verwaltung Bürgerinnen und Bürger durch die Bereitstellung von Dienstleistungen im Internet entla-

Generalsekretär Laurenz Meyer welche Rolle das Internet in der Parteiarbeit spiele und welche Aufgabe dem Internet in der Politik der Zukunft zukommen werde. Er sehe das Internet als eine zweite Vertriebs-schiene neben der herkömmlichen Parteiarbeit. Das Internet eröffne zwei wichtige Möglichkeiten: ■ Über die Homepage www.cdu.de und das CDU-interne Mitgliedernetz können sich Interessierte jederzeit, schnell, umfassend und aktuell informieren. ■ Ge-

nauso wichtig sei das Internet aber auch als ein Instrument, welches neue Beteiligungsmöglichkeiten an der Parteiarbeit eröffne. Klar sei auch, dass die Homepage in der Öffentlichkeit immer mehr als eine echte Visitenkarte der Partei gesehen werde. Dies würden die guten Ergebnisse, die www.cdu.de bei Vergleichswettbewerben mit anderen parteipolitischen Internetangeboten erreiche, zeigen. Die Gründe dafür seien tagsaktuelle Berichterstattung, exklusive Inhalte, wie z.B. von der Internetredaktion geführte Interviews, interaktive Elemente, wie permanente Foren und aktuelle Chats sowie Servicemodule, wie z.B. eine Bilddatenbank für Journalisten. Dass man auf dem richtigen Weg sei, würden die Zugriffszahlen von im Schnitt 1 Mio. pageviews im Monat zeigen. Damit läge man 25 % vor der politischen Konkurrenz. Der Generalsekretär betonte, dass man sich aber damit nicht zufrieden gebe und man weitere Schritte plane. So werde gerade ein Kandidatennetz für den Wahlkampf 2002 konzipiert und demnächst werde die sogenannte CDU-Community online gehen. Diese Community werde über die Mög-

lichkeit eines Internet-Parteitags, auf dem online diskutiert und abgestimmt werden könne, hinausgehen. In der Community werden die Mitglieder unmittelbar in Kontakt treten können. Mehr wolle er aber noch nicht verraten, sagte Laurenz Meyer. „Die Wahlen 2002 werden nicht im Netz gewonnen. Sie können aber dort verloren werden!“ Deshalb werde die CDU neben einem weiteren Ausbau des eigenen Online-Angebots mit Hochdruck daran arbeiten, alle Orts- und Kreisverbände ans Netz zu bekommen, kündigte Laurenz Meyer an.

„Politik ist Zukunftsgestaltung“

In ihrer Rede griff die Parteivorsitzende, Angela Merkel, die Gedanken auf, die sie kurz zuvor in einem vielbeachteten Grundsatzartikel in der Zeitung „Die Welt“ (Dokumentation UID Nr. 18/2001) veröffentlicht hatte.

Was müssen wir anders machen? Was müssen wir neu denken? Wo müssen wir auf neue Fragen Antworten finden? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen seien der Grund für Veranstaltungen wie die „1. Zu-

kunftstage der CDU“. Denn eines sei Angela Merkels Überzeugung: „Politik ist Zukunftsgestaltung.“ Die Parteivorsitzende betonte, dass es die Aufgabe der Politik sein müsse, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern nie der Eindruck entstehen dürfe, im Zeitalter von Globalisierung und des Übergangs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft alleine gelassen zu werden. Deshalb dürfe Politik nie reagieren, sie müsse agieren.

Voraussetzung und gleichzeitig Herausforderung für die politische Klasse müsse sein, dass Politik nicht wegen ihrer selbst sondern aus Überzeugung betrieben werde. Und in diesem Punkt unterscheide sich die Politik der CDU von der Politik der rot-grünen Bundesregierung. Die Politik von Kanzler Schröder beschränke sich lediglich auf bloßes Management der Gegenwart und sei eine Politik von Ad-Hoc-Maßnahmen ohne Überzeugung. Das Politikverständnis der CDU sei jedoch ein anderes: „Wir müssen es schaffen, nicht nur von heute her zu denken, sondern wir müssen die Zukunft von morgen her angehen. Dann schaffen wir die Rahmenbedingungen für die Zukunft,“ ist sich die Parteivorsitzende sicher.

Neue Kraft für Berlin

Der Landesvorstand der Berliner CDU hat den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Dr. Frank Steffel, zum Spitzenkandidaten für den Wahlkampf nominiert.

„Ich habe ein mittelständisches Unternehmen ausgebaut und leite es erfolgreich. Und ich glaube, dass mir das auch mit der Berliner CDU-Fraktion gelingt“, sagte Frank Steffel Mitte Mai nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus. Den Sturz Eberhard Diepgens als Regierenden Bürgermeister durch SPD, Grüne und PDS bezeichnete er als „linken Putsch“. Die rot-rote Zusammenarbeit in der Hauptstadt schade dem Ansehen Deutschlands und der Wirtschaftsentwicklung.

Der promovierte Diplom-Kaufmann weiß, wovon er spricht. Neben seiner Arbeit als Fraktionsvorsitzender leitet Frank Steffel ein Raumausstattungsunternehmen mit rund 300 Mitarbeitern, von denen viele aus den östlichen Bezirken Berlins



kommen. Als Mittelständler kennt sich Steffel mit den Qualitäten eines Wahlkämpfers bestens aus: Anpacken und klare Worte. Dass er zugleich als „hochgradig kommunikativ“ gilt, empfiehlt ihn nicht nur als Unternehmer, sondern auch als Berliner Spitzenpolitiker.

Frank Steffel stammt aus dem Bezirk Reinickendorf im Norden Berlins. Bereits mit 25 Jahren wurde er ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt und rückte vor zwei Jahren auf den Stellvertreterposten an der

Fraktions- und Parteilspitze. Sein Direktmandat in Reinickendorf holte er bei der letzten Abgeordnetenhauswahl 1999 mit fast 40 Prozentpunkten Vorsprung vor seinem SPD-Herausforderer.

Frank Steffel:

An meiner Kandidatur können Sie erkennen, dass sich die Berliner CDU ganz auf die Zukunft der Berlinerinnen und Berliner und die Zukunft unserer Stadt konzentriert. Damit haben wir im Gegensatz zur SPD einen klaren Schnitt vollzogen.

Meine wichtigsten Anliegen sind: ■ ein schlanker Staat mit motivierten Mitarbeitern ohne Bürokratismus ■ ein investitionsfreundliches Klima in der Stadt, damit neue Arbeitsplätze entstehen können ■ ein umfassendes Verkehrskonzept bis hin zu einer internationalen Anbindung an die Welt (Großflughafen) ■ die vorrangige Förderung von Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur ■ und eine Marktwirtschaft aus sozialer Verantwortung.

Wir brauchen neue Kraft für Berlin.

Es sind in der Vergangenheit Fehler gemacht worden. Dazu sage ich Ihnen: Meine Generation wird dafür sorgen, dass sich Staat und Politik, einschließlich der Parteien, aus allen Bereichen zurückziehen, in denen sie nichts zu suchen haben; dazu zählen: Bank, Medien und andere Bereiche unserer Gesellschaft.

Ich werde demnächst eine Zukunftsmannschaft vorstellen und bin dankbar, dass uns die Union auf Bundes- und Landesebene dabei und im Wahlkampf ihre tatkräftige Unterstützung zugesagt hat.

Persönliche Daten

geb. 2.3.1966 in Berlin, evang., verheiratet.

Beruflicher Werdegang

| | |
|------------------------|--|
| 1984 | Abitur, Georg-Herwegh-Oberschule |
| 1985 bis 1990 | Studium der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin |
| Juli 1990 | Abschluss an der FU als Diplom-Kaufmann |
| Juni 1999 seit 1990 | Promotion an der FU Berlin Geschäftsführer in einem Raumausstattungsunternehmen |

Frühere Funktionen in der Berliner CDU

| | |
|---------------|--|
| seit 1982 | Mitglied der Jungen Union |
| seit 1983 | Mitglied in der CDU Deutschlands |
| 1983 bis 1984 | Vorsitzender der Berliner-Schüler-Union Reinickendorf |
| 1985 bis 1991 | Vorsitzender der JU Reinickendorf |
| 1989 bis 1991 | Mitglied im Landesvorstand der Berliner CDU |
| 1991 bis 1997 | stellv. Ortsvorsitzender, CDU Frohnau |
| 1997 bis 2001 | Ortsvorsitzender, CDU Frohnau |
| 1999 bis 2001 | stellv. Vors. der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin |
| 2000 bis 2001 | Vors. des Ausschusses für Wirtschaft, Betriebe und Technologie |
| 2000 bis 2001 | stellv. Landesvorsitzender, CDU Berlin |

Aktuelle Funktionen in der Berliner CDU

| | |
|----------------|--|
| seit 1985 | Kreis- und Landesparteitagsdelegierter |
| seit 1985 | Kreisvorstand, CDU Reinickendorf |
| seit 1991 | Mitglied, Abgeordnetenhaus Berlin |
| seit März 2001 | Vors., Kreisverband Reinickendorf |
| 15. Mai 2001 | Fraktionsvors. Berl. Abgeordnetenhaus |

17. Juni 2001: einstimmige Nominierung durch den CDU-Landesvorstand zum Spitzenkandidaten für die Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin

Direkt gewählter Abgeordneter im Wahlbezirk Reinickendorf, WK 6 (Frohnau, Hermsdorf, Freie Scholle) Ergebnis: ■ CDU 62,3 ■ SPD 23,2 ■ Grüne 7,6 ■ PDS 2,0

Zukunftsweisende Politik ist von Rot-Rot-Grün nicht zu erwarten

Anlässlich der Misstrauensvoten gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, und seinen Senatoren, hielt der CDU-Fraktionsvorsitzende Frank Steffel folgende Rede im Abgeordnetenhaus:

Was heute und am Samstag in diesem Berliner Parlament ablaufen soll, erfüllt die Union und mit ihr die Berlinerinnen und Berliner mit großer Sorge um die Zukunft und das Wohl unserer Stadt. Es geht in diesen Stunden um das Schicksal dieser Stadt.

Am 27. Januar dieses Jahres, also vor fünf Monaten, titelte die „Berliner Morgenpost“ „Strieder will Diepgen stürzen!“ Strieder wolle mit einer „inszenierten Senatskrise die große Koalition beenden und danach mit PDS und Grünen regieren.“ (...) Einen Tag später dementierte Herr Strieder, dies sei „absurd“. (...) Ich betone noch einmal: Das war im Januar dieses Jahres! Heute, nur fünf Monate danach müssen die Berline-

rinnen und Berliner das beschämende Schauspiel dieser Heuchelei miterleben. Das Vertrauen in dieses Parlament und unsere Demokratie wird einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. (...) Glauben Sie ernsthaft, Herr Wowereit, die Berlinerinnen und Berliner nehmen ihnen diesen Etikettenschwindel ab?

Man braucht doch nur Ihre eigenen Angaben im Handbuch des Abgeordnetenhauses anzuschauen! Demnach sind Sie bereits seit sage und schreibe 31 Jahren in der Berliner Politik tätig. Haben Sie nicht jahrelang im Hauptausschuss gesessen und damit alle Haushalte der letzten und dieser Legislaturperiode mitverantwortet? Tun Sie doch jetzt nicht so, als seien Sie plötzlich wie Klaus aus der Kiste gekommen. (...)

www – world wide web stand bisher für Zukunft, Innovation und neue Technologien. Ab heute steht es in Berlin für Vergangenheit, Rückschritt und altlinkes Establishment – Wowereit, Wolf, Wieland. (...)

Diese einstmals so große Partei, für die sich unter Willy Brandt noch mehr als 60 Prozent der Berliner begeistern konnten, hat bei freien und geheimen Wahlen kontinuierlich auf 20 Prozent abgewirtschaftet. Und deshalb greift sie heute zu dem Mittel des Putsches. (...)

Sie gehen heute ein Wahlbündnis mit der PDS ein. Und wenn sich dagegen berechtigte Kritik meldet, werden Sie sie nicht dadurch los, dass Sie uns eine Rote-Socken-Kampagne unterstellen. Ich sage Ihnen hier klar und unmissverständlich: Wir werden keine Rote Socken Kampagne führen; aber wir stellen die Roten Zocker!

Wolf Biermann sagte gestern, wer die PDS wählt, „hat das Geschichtsbewusstsein von Eintagsfliegen.“

Wir waren für die Deutsche Einheit, wir haben die Stadt nach der Einheit aufgebaut und wir wollen die Menschen in Berlin einen. Aber das schließt eine harte parteipolitische Auseinandersetzung nicht aus.

Aus drei Gründen sind wir gegen eine Beteiligung der PDS an der Macht in Berlin:

1. Weil das die Zukunftschancen der Stadt schwer beeinträchtigen und gefährden würde. Das ist an den Ländern, in denen die PDS beteiligt ist, nämlich Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, leider nur allzu deutlich erkennbar. Sie bilden bei allen wichtigen Indikatoren das absolute Schlusslicht und die rote Laterne in der Bundesrepublik Deutschland. (...)

2. Wir sind gegen eine Beteiligung der PDS, weil wir überzeugte Gegner des Kommunismus sind. Denn er ist und bleibt eine Gefahr für Freiheit, Verantwortung des Einzelnen, Demokratie und soziale Marktwirtschaft. (...)

3. Wir sind gegen eine Beteiligung der PDS, weil sie im Gegensatz zu ihren unglaublichen Beteuerungen ihre unheilvolle Geschichte überhaupt nicht aufgearbeitet hat. Erst gestern wurde wieder gesagt, dass es überhaupt keinen Grund gebe, sich für den Mauerbau zu entschuldigen!

Herr Wowereit: Wie können Sie sich aus Machtgier von solchen Leuten zum Regierenden Bürgermeister wählen lassen?

Wenn Sie heute in der Hauptstadt aller Deutschen ein Zeichen setzen und diese PDS für paktfähig erklären, dann sage ich Ihnen: Sie stehlen den alten Berlinerinnen und Berlinern ihre Geschichte – und uns jungen Berlinerinnen und Berlinern unsere Zukunft! (...)

Wir sollten in dieser Stunde auch einmal überlegen, wo das Staatsinteresse anfängt und daher das Parteiinteresse aufhören muss. (...)

Weder von den Grünen noch von der PDS ist eine zukunftsweisende Politik zu erwarten. Weder die einen noch die anderen haben auch nur Ansätze einer geistigen Führung für Berlin erkennen lassen. (...)

Keine begeisterten Entwürfe für ein neues Berlin. Nur der ideologische Mief vergangener Tage, keine neuen Gesichter, keine neuen Ideen.

■ Die Berliner SPD befindet sich in einem Zustand, der zu Hoffnung wenig Anlass bietet. Ein wirklich Orientierung und Perspektive vermittelndes Leitbild ist nicht zu erkennen.

■ Die Grünen leben mehr und mehr von ihrer Substanz, wirklich neue, innovative Vorschläge kommen hier kaum noch

■ Und die PDS? Ein tatsächlich alternatives und tragfähiges Gesamtkonzept einer Reformpolitik für die ganze Stadt haben sie bislang auch nicht formuliert.“ (...)

Wenn Sie sich aber Ihrer demokratischen und moralischen Tradition bewusst bleiben, dann widerstehen Sie den kurzfristigen Verlockungen des Tageserfolges.

In drei Tagen jährt sich der blutig niedergeschlagene Arbeiteraufstand in Ost-Berlin, der 17. Juni des Jahres 1953. Hier zeigte die zweite Diktatur auf deutschem Boden ihr menschenfeindliches Gesicht. Als Jüngerer will ich nicht auf der Vergangenheit herumreiten. Aber wer nicht aus der Geschichte lernt, steht in der Gefahr sie zu wiederholen. (...)

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, lieber Eberhard Diepgen, egal, welche Bündnisse nun zur Macht drängen, der Dank und die Zuneigung der großen Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner ist Ihnen sicher. Sie haben sich bereits jetzt einen Platz in der Berliner Geschichte verdient. (...) Ihnen und Ihrer Familie danken wir. Sie bleiben der Regierende Bürgermeister der Herzen!

Nicht nur Bares zählt

Zu der Entscheidung des Bundesgerichtshofes zum Unterhalt von geschiedenen Ehefrauen erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Annette Widmann-Mauz.

Endlich ist auch geltende Rechtsprechung, was den Frauen schon lange klar war: Haus- und Familienarbeit sind nicht minderwertig, sondern tragen ebenso wie die Erwerbsarbeit zum Lebensstandard einer Familie bei. Nicht nur Bares zählt, auch die Haushalts- und Familienleistung stellt einen wirtschaftlichen Wert dar, den es zukünftig zu berücksichtigen gilt. Die Union hat stets die Auffassung vertreten, dass Haus- und Familienarbeit nicht abgewertet werden dürfen und der außerhäuslichen Erwerbsarbeit gleichgestellt werden müssen. Daher haben wir uns auch immer für eine Politik eingesetzt, die eine echte Wahlfreiheit für Familien ermöglicht und die die Anerkennung von Familienarbeit vorantreibt. Nicht umsonst war es die Union, die seinerzeit



das Erziehungsgeld einführte und als historische Leistung erstmalig die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rente durchsetzte. Umso deutlicher wird das eindimensionale Rollenbild der Frauen, das bis heute von der SPD propagiert wird. Allein auf die erwerbstätige Frau ausgerichtet, lassen sie die Bedürfnisse der zahlreichen „Nur-Familienfrauen“ außer Betracht. Die Rentenreform mit ihrer ungerechten Regelung, dass Kindererziehung von nicht erwerbstätigen Frauen mit einem Kind nicht entsprechend berufstätigen Frauen aufgewertet wird, ist das jüngste unrühmliche Beispiel. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes macht damit jetzt Schluss: Indem für die Haushalts- und Famili-

leistung ein wirtschaftlicher Wert angenommen wird, können Frauen mit größerem Selbstbewusstsein ihren Anteil am Familieneinkommen einfordern. Beim „Gläsernen Ehekonto“ wird bereits seit längerem eine Offenlegung der zahlenmäßig bezifferbaren Familieneinkünfte gefordert. Die Arbeitsleistungen für Haushalt und Familie sind sowieso für jedes Familienmitglied sichtbar – wenn sie auch oft nicht wahrgenommen werden. Mit dem Richterspruch aber bleibt kein Zweifel mehr: Haus- und Familienarbeit tragen ebenso wie Erwerbsarbeit zum Familieneinkommen bei und müssen daher einen eben solchen Stellenwert für die Einzelnen wie auch für die Gesellschaft haben. Auch wenn das Urteil selbst sich nur auf die Berechnung von Unterhaltsansprüchen nach einer Ehescheidung bezieht, so muss es doch Anlass sein, bei Neuregelungen im Bereich der Gleichstellungspolitik und bei der Familienförderung, diesem Grundsatz stärker zu entsprechen.

Ignorante Finanzpolitik

■ Mit einer Senkung der Ausgaben für Baumaßnahmen um 12,5 % beschleunigt der Bund den dramatischen Rückgang von Umsätzen und Auftragseingängen in der krisengeschüttelten deutschen Bauwirtschaft. Damit trägt diese Bundesregierung dazu bei, dass den Arbeitsplatzverlusten im Bau in Höhe von fast einer halben Million während der letzten 5 Jahre im laufenden Jahr weitere hinzugefügt werden. Der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, **Hansjürgen Doss**: „Wer eine derartig ignorante Finanzpolitik betreibt, der darf sich nicht darüber wundern, wenn auch die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland mehr und mehr ins Schlingern gerät und die Wachstumsprognosen beinahe wöchentlich nach unten korrigiert werden müssen.“

Steuersenkung vorziehen!

■ Sämtliche Wirtschaftsindikatoren stellen Rot/Grün ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Die aktuellen Wachstumseinbrüche machen deutlich, dass Rot-

Grün ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Die Steuerreform hat nicht gefruchtet. Damit haben sich die Befürchtungen der Union bewahrheitet. Eine wirkliche Steuerentlastung ist nicht eingetreten. Betrachtet man die rot-grüne Regierungszeit als Ganzes, wird man unter dem Strich keine wirkliche Entlastung von Bürgern und Unternehmen erkennen. Damit muss endlich Schluss sein! Deshalb forderte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU, **Gerda Hasselfeld**, ein Vorziehen der letzten Stufe der Steuerreform auf 2003. Erst vor drei Wochen wurde ein entsprechender Unionsantrag von Rot/Grün abgelehnt.

Kaltschnäuzig und Gleichgültig

■ Die Regierung Schröder schädigt mit ihrem Bundeswehretat gezielt die deutschen Streitkräfte. Obwohl inzwischen von allen Seiten – auch aus Reihen der SPD, aus den Streitkräften, vom Bundeswehrverband und von den Bündnispartnern – eine finanzielle Kehrtwende gefordert wird, wurden diese Mahnungen, missachtet und der Bun-

deswehrhaushalt weiter gekürzt. Mit dieser kaltschnäuzigen Ignoranz und Gleichgültigkeit treibt der Bundeskanzler unsere Streitkräfte immer tiefer in die existenzielle Krise und schadet der Glaubwürdigkeit Deutschlands als zuverlässiger Nato-Partner schwer. Die Haushaltsberatungen im Parlament bis November müssen für eine finanzielle Kehrtwende genutzt werden, um zu der Finanzlinie, wie sie von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung 1998 beschlossen wurde, zurückzukehren. Wird die drastische Unterfinanzierung nicht korrigiert, dann werden unter den heutigen Umständen CDU und CSU – wie angekündigt – im nächsten Jahr der Verlängerung des Kosovo-Mandats nicht zustimmen können, kündigte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, **Volker Rühle** an.

Der Beschluss des Bundesvorstands „Leitlinien zur Inneren Sicherheit“, der von der Präsidiumskommission „Innere Sicherheit“ unter Vorsitz von Jörg Schönbohm erarbeitet wurde, wird im nächsten UID veröffentlicht.



GIPFELTREFFEN

Bush/Putin

Nach Monaten der Sprachlosigkeit, nur unterbrochen durch gegenseitige Spionagevorwürfe, haben Bush und Putin endlich einen direkten Draht zueinander aufgebaut. Über das Kennenlernen hinaus bot der Gipfel wenig Substantielles. Konfliktthemen wurden ausgespart. Trotz der Inhaltslosigkeit kann Russland mit dem Gipfel von Ljubljana zufrieden sein. Die Zeit der strafenden Nichtachtung durch die einzig verbliebene Supermacht ist vorbei. Das Signal von Ljubljana lautet: Amerikanische Außenpolitik kann Russland nicht ignorieren.

Berliner Morgenpost

MINISTER

Mittelmaß

Ob es am Amt liegt? Kurt Bodewig hat in der Nach-

folge von Reinhard Klimmt bisher noch keine gute Figur gemacht. Mit der gestrigen fälschlichen – oder auch spontan wieder zurückgezogenen – Ankündigung, insbesondere Behinderte müssten künftig für Autopapiere tief in die Tasche greifen, hat sich Bodewig selbst an den Rand des zwangsweisen Rücktritts manövriert. Hätte Schröder nicht schon sieben Minister austauschen müssen, der Mann wäre kaum noch zu halten. So aber regiert im wichtigen Verkehrsressort weiterhin das Mittelmaß. Denn beinahe alle wichtigen Ankündigungen des Ministers entpuppten sich im Nachhinein entweder als wenig durchdacht – oder wie im jüngsten Fall – als falsch.

Rhein-Neckar-Zeitung

BERLIN

PDS

Spätestens seit Berlins SPD und Grüne die SED-Nachfolgerin PDS für den Sturz von Eberhard Diepgen

mit ins Boot holten, ist die Hauptstadt zum Testfall für die ganze Bundesrepublik geworden. Die Ost-Partei schleicht nun nicht mehr länger zur Macht, sie wird geradezu zur Macht getragen und hofiert. Allen früheren Schwüren von SPD und Grünen, niemals mit dem Schmuddelkind zu paktieren, zum Trotz. Mit einer Machtbeteiligung der PDS werden die Koordinaten der Politik weiter nach links verschoben. Viel zu weit. Mit all den Risiken und Nebenwirkungen, die aus der Geschichte bekannt sind und die sich heute viele Verehrer des flotten Medienstars Gysi nicht ausmalen können oder wollen.

Mittelbayrische Zeitung

KIRCHENTAG

Einmischung

Die Kirchentagkritik an der Macht des Geldes und den Gefahren der Gentechnik macht ein grundsätzliches Problem sichtbar. Wie weit soll sich die Kirche ein-



mischen in die tagesaktuellen Streitfragen, ohne dabei selbst Gefahr zu laufen, Ansehen und Einfluss zu verlieren? Andererseits: Wie weit muss sich Kirche einmischen, um nahe am Menschen zu sein? In einer Zeit des schnellen Wandels, oft auch der rastlosen Unruhe, suchen viele Halt und Orientierung. Beides kann die Kirche geben, indem sie christliche Lehre verständlich macht und in zeitgemäßer Sprache Antworten auf die zentralen Fragen findet.

Nordbayerischer Kurier

BILDUNG

Notstand

Lange Zeit galt Deutschland als Land der Dichter und Denker, von Goethe und Schiller, Marx und Einstein. Als Land der Ingenieure und Techniker wie Daimler und Diesel. Das war etwas! Darauf konnte man stolz sein! Und heute? Das Phänomen, das seit Jahren als „Bildungsnotstand“ die Runde

macht, wirkt sich immer alarmierender aus: Viele Schüler können mit ihren Altersgenossen im Ausland nicht mehr mithalten. Sie haben unzureichendes Wissen in Naturwissenschaften und Technik. Bei der Einstellung zur Arbeit und beim selbstständigen Lernen hapert es ebenfalls erheblich. Die gelbe Karte der OECD kommt zur rechten Zeit. Sie hilft hoffentlich, das unvollkommene Bildungssystem in Deutschland wieder auf Trab zu bringen.

Ostsee-Zeitung

KONJUNKTUR

Abschwung

Nun rächt sich, dass Schröder keinen ordnungspolitischen Kompass hat. Dass er Häppchenpolitik betreibt: hier ein Würstchen für die Gewerkschaften, da ein Canapé für die Industrie. Den Mittelstand ließ er hungern. Nötig wäre gewesen: Reformen des Steuersystems, des Gesundheitswesens und des Arbeitsmark-

tes. Überall hat der Kanzler nur Stückwerk zu bieten. Deswegen wird sein Hinweis auf die schleppende US-Konjunktur nicht überzeugen: dies ist Schröders Abschwung. Und Besserung ist nicht in Sicht

Rheinische Post

EU-GIPFEL

Chance

Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen die Erweiterung der Europäischen Union für unumkehrbar erklären, aber diese Absicht steht seit dem irischen Referendum im luftleeren Raum. Die Partner Dublins müssten mit konkreten Maßnahmen reagieren, um die Gegner des Nizza-Vertrags zu überzeugen. Doch hier herrschte in Göteborg betretenes Schweigen. Die führenden Politiker der EU drücken sich weiter vor dem Kern des Problems: schleppende Demokratisierung und drohende Handlungsunfähigkeit.

Neue Osnabrücker Zeitung

Ein Ereignis besonderer Art

Vom 13. bis 17. Juni 2001 fand in Frankfurt am Main unter dem Kirchentagsmotto „Du stellst meine Füße auf weiten Raum“ der 29. Deutsche Evangelische Kirchentag statt.

Der Evangelische Kirchentag ist und bleibt ein deutschlandweites Ereignis besonderer Art. Wieder strömten rund 100.000 Dauerteilnehmer und Tausende von Tagesteilnehmern durch die Messehallen, um sich zu orientieren. Rund 2500 Veranstaltungen hat es auf dem Frankfurter Kirchentag gegeben. Es gab nicht die Veranstaltung, zu der alle wollten, oder das Thema, das alle bewegte.

Glaubensinhalte

Und doch war ein deutlicher Trend zu verspüren. Die Veranstaltungen, die sich mit Glaubensinhalten beschäftigten und die theologisch zentriert waren, wurden überdurchschnittlich gut besucht. Das galt vor allem für die Bibelarbeiten. Über 2000 Christen besuchten z.B. die Bibelarbeit der Parteivorsitzenden, Dr. An-



gela Merkel. Das Thema lautete „Erweckt zu neuem Leben.“ Die Kirchentagsbesucher registrierten diesen Einsatz sehr genau. Das Bedürfnis der Christen auf dem Kirchentag, Politikerinnen und Politiker über Glaubensfragen reden zu hören, war enorm. Nahezu seismographisch wurde die Nähe zum eigenen, dem christlichen Bekenntnis, wahrgenommen. Insgesamt wurde deutlich, dass der Kirchentag weniger politisch war als z.B. in den 80er Jahren. Die Meinungen derer, die den Kirchentag besuchten, waren politisch breiter gefächert als noch bei früheren Protestantentreffen.

Markt der Möglichkeiten

Diese Erfahrung machten vor allem die CDU-Politiker, die am Stand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) den Kirchentagsbesuchern Rede und Antwort standen. Viele zeigten sich über die offene und sachlich fundierte Art begeistert, in der die vor allem jungen Teilnehmer (rund 40% der Kirchentagsbesucher sind jünger als 30 Jahre) Fragen stellten und diskutierten. Die einhellige Meinung war, dass der Kirchentag als Forum gesellschaftlichen Dialogs parteipolitisch in Zukunft noch stärker begleitet werden müsste. Dies scheint auch nötig, ist doch die starke Präsenz der Parteien bis hin zur PDS auffällig. Gerade im Vorfeld des ökumenischen Kirchentages in Berlin werden hierzu Überlegungen innerhalb der CDU zu treffen sein.

Der regelmäßig gut besuchte Stand des EAK auf dem Markt der Möglichkeiten widmete sich der Frage der plebiszitären Elemente. Anhand von verschiedenen

formulierten Fragebögen zur Euthanasie wurde untersucht, inwieweit sich die spezielle Fragestellung der jeweiligen Umfrage auf das Ergebnis derselben auswirkte. Bei diesem Umfrageexperiment beteiligten sich rund 1000 Kirchentagsbesucher.

Wenn es ein Thema auf dem Kirchentag gab, das die Emotionen der einzelnen wecken konnte, dann war es das Thema der Gentechnologie.

Zu diesem Thema verabschiedete der Bundesvorstand des EAK in seiner Vorstandssitzung auf dem Kirchentag im Frankfurter Senckenbergmuseum die „Frankfurter Erklärung“.

Diese wurde beim 1. Empfang des EAK auf dem Evangelischen Kirchentag den rund 500 Gästen aus Kirche, Politik, Wirtschaft, Kultur und Forschung zur Kenntnis gebracht. Der Text lautet wie folgt:

Frankfurter Klärung zur Gentechnologie

Die Kirchentagslosung „Du stellst meine Füße auf weiten Raum“ und der Satz auf dem weißen Kirchentagsschal: „Die Würde des



Menschen ist unantastbar“, verwebten sich zu einer wichtigen und vitalen Aussage des Frankfurter Kirchentages 2001.

Der Begriff „Weiter Raum“ steht nicht für Grenzenlosigkeit. Jeder Raum hat seine Grenzen. Grenzen, die von Gott gerade für den Menschen gezogen wurden.

Manche Grenzen erfährt man früher, manche später. Oft sind die Grenzen für uns Menschen auch nur zu ertasten und zu erfüllen, doch sie sind da. Sie schützen uns und geben uns Halt, wenn wir sie greifen. Sie schützen uns vor anderen und vor uns selbst.

Eine wesentliche Grenze ergibt sich aus der Unantastbarkeit der Würde derjenigen, die Gott in die Weite des Raums gestellt hat. In dieser Weite des Raumes ist für Christen Artikel 1 Grundgesetz eine Grundorientierung und Grundsicherheit, die allen Menschen gilt.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Dieser fundamentale Grundsatz – festgeschrieben im Grundgesetz und in der Europäischen Grundrechtecharta – formuliert und sichert den grundlegenden Schutz des Menschen.

Der Mensch wird durch diesen Grundsatz zum Rechtssubjekt.

Als Individuum ist jeder Mensch darauf angewiesen, Glied einer Gemeinschaft zu sein, die ihn als Person anerkennt und achtet.

Der Mensch als Person ist nicht durch seine Leistungen definiert, sondern durch sein Gottesverhältnis. Seine Würde ist ihm durch Gott verliehen.

Der Staat und seine Bürgerinnen und Bürger haben die Aufgabe und die Pflicht, alles zu unternehmen, dass jeder Mensch als Rechtssubjekt in Erscheinung treten kann. Wenn dem Menschen diese Möglichkeit, Rechtssubjekt zu sein, geraubt wird, wird er zum bloßen Objekt.

Bisher besteht Konsens, dass der Mensch nie Objekt oder bloßes Mittel zum Zweck werden darf. Der Mensch muss immer Subjekt bleiben.

Dieser Konsens darf nicht gefährdet, geschweige denn aufgehoben werden.

Wir stimmen mit dem Bundespräsidenten überein, wenn er sagt: „Ich erinnere immer wieder daran, dass die Geschichte uns hilft - nicht nur uns Deutschen -, zu begreifen, was geschieht, wenn Maßstäbe verrückt werden, wenn Menschen vom Subjekt zum Objekt ge-

gesetzlich gesicherten Freiheit der Forschung die entscheidende Grenze gesetzt und klargestellt: Der Schutz menschlicher Embryonen darf nicht eingeschränkt werden. Es muss Konsens bleiben: Die Forschung ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Darum

Auch wir wissen um die Hoffnung auf Heilung von schweren Krankheiten, die sich mit den neuen Entwicklungen in der Forschung ergeben kann. Wir vertrauen darauf, dass unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerade im Bereich der Bio- und Gentechnologie Wege finden werden, um diese berechtigten Hoffnungen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu erfüllen, auch ohne dass menschliches Leben getötet werden muss.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Deutschland - durch die Forschungspolitik der christdemokratisch geführten ehemaligen Bundesregierung - die Nummer eins in der Bio- und Gentechnologie in Europa geworden ist. Das soll auch so bleiben, selbst wenn in diesem Bereich Grenzen zum Schutz des Menschen auch vor den Folgen seiner Forschung gezogen werden müssen.

Wir sind davon überzeugt, dass Freiheit der Wissenschaft und Fortschritt der Technik nur dort wirksam werden können, wo die Würde des Menschen respektiert und die Grenze anerkannt wird. Gerade in dem weiten Raum, in den Gott uns gestellt hat, kann Freiheit nur gelebt werden, wenn Grundwerte anerkannt und Grenzen geachtet werden.



macht werden. Wer einmal anfängt, menschliches Leben zu instrumentalisieren, wer anfängt, zwischen lebenswert und lebensunwert zu unterscheiden, der ist auf einer Bahn ohne Halt. Die Erinnerung daran ist ein immerwährender Appell: Nichts darf über die Würde des einzelnen Menschen gestellt werden.

Sein Recht auf Freiheit, auf Selbstbestimmung und auf Achtung seiner Würde darf keinem Zweck geopfert werden.“

Damit ist auch der eindeutig bejahten und grund-

lehnen wir, wie auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, gezielte Eingriffe an menschlichen Embryonen, die ihre Schädigung oder Vernichtung in Kauf nehmen, ab.

Mit dem Vorrang des Schutzes der Würde des Menschen sind die Herstellung menschlicher embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken, die Freigabe embryonaler Stammzellen aus sogenannten „überzähligen Embryonen“ und die Präimplantationsdiagnostik nicht zu vereinbaren.

Der Markt schlägt zurück

Die Konjunkturflaute hat Deutschland wesentlich stärker erwischt als bisher angenommen.

Sowohl das renommierte Wirtschaftsforschungsinstitut HWWA in Hamburg als auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft korrigierten ihre Wachstumsvorhersagen für das laufende Jahr klar nach unten. Gingen die Prognosen des Kieler Weltwirtschaftsinstituts und des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs im Frühjahrsgutachten noch von 2,1 Prozent Wachstum in Deutschland aus, korrigierten die Hamburger Experten auf 1,7 Prozent, die Kieler sogar auf 1,3 Prozent.

Der Bundesverband deutscher Banken schloss sich der Analyse der Wirtschaftsinstitute an, dass das von der Regierung Schröder vorhergesagte Wirtschaftswachstum von zwei Prozent kaum noch zu erreichen ist.

Fatale Arbeitsmarktsituation

Die Wirtschaftsexperten beider Institute bezweifeln außerdem, dass bei der

sich abzeichnenden Entwicklung das von der Regierung Schröder angekündigte Ziel, die Arbeitslosenzahl zu senken, erreicht wird. Die Zahl der Arbeitslosen wird nach Kieler Prognosen im Schnitt bei 3,81 Millionen liegen. Der Leiter der Konjunkturabteilung des Kieler Instituts, Joachim Scheide, erklärte, die Bundesregierung werde ihr Ziel verfehlen. Das Hamburger Institut rechnet sogar mit 3,83 Millionen Arbeitslosen. Die arbeitsmarktpolitische Zielsetzung der Bundesregierung sei utopisch. Sie werde es ohne statistische Kosmetik sogar deutlich verfehlen, sagte der Präsident des HWWA, Thomas Straubhaar.

Schwaches Wirtschaftswachstum

Das Wirtschaftswachstum des Jahres 2001 werde zu schwach sein, um für eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt zu sorgen, stellte der Bundesverband deutscher Banken fest. Der hessische Landeszentralbank-Chef, Hans

Reckers, schloss sogar eine Rezession nicht aus. Der wirtschaftliche Abschwung sei nicht nur mit der weltweiten konjunkturellen Abschwächung zu begründen. Es sei vor allen Dingen die negative Kombination zwischen schwachem privaten Konsum und steigenden Sparquote. Nach den Wirtschafts- und Bankinstituten beurteilen auch die Finanzmarktexperten die Konjunkturaussichten deutlich schlechter. Analysten des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung zufolge, werden die Wachstumserwartungen im Juni sinken. Eine Erholung der Konjunkturstimung sei nicht zu erwarten.

Inflation steigt

Unterdessen ist die Inflationsrate im Euro-Raum erstmals in der Geschichte des gemeinsamen Währungsraumes über drei Prozent gestiegen. Wie das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften mitteilte, kletterte die Inflation auf einen Rekordwert von 3,4 Prozent. Der größte Eu-

rostaat Deutschland lag mit einer Inflationsrate mit 3,6 Prozent sogar über dem Durchschnitt. Die Inflation liegt damit weit über der Marke von 2,0 Prozent, die die Europäische Zentralbank als Grenzwert von Preisstabilität betrachtet. Als Grund für den starken Anstieg für die Inflation nannte das Statistische Amt die explodierenden Kosten für Heizenergie, Sprit sowie für Fleisch, Gemüse und Obst.

Arbeitsmarktprognose hinfällig

Unterdessen hat auch ein Minister der Regierung Schröder eingeräumt, dass das Wachstum der deutschen Wirtschaft weitgehend zum Erliegen gekommen ist. Bei einer Tagung des Mineralölwirtschaftsverbandes sagte Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, im laufenden zweiten Quartal könnte sich ein Nullwachstum ergeben. „Wenn es so kommen sollte, wird ein Wachstum von zwei Prozent für das Gesamtjahr 2001 nur sehr schwer zu erreichen sein“. Damit wäre auch die Arbeitsmarktprognose der Regierung hinfällig.

Wachstumsprognosen: Quittung für Rot-Grün

Die konjunkturelle Entwicklung folgt nicht der Schönrederei der Bundesregierung, sondern Gesetz- und wirtschaftlichen Proseminaren gelernt werden.

Die Wachstumsprognosen zwischen 1,3 und 1,7 Prozent sind die Quittung für die rot-grüne Bundesregierung und deren Versuch, ihre schon im Ansatz falsche Politik gegen den Markt durchzusetzen.

Solange Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel Steuerpolitik nur als Instrument zur Regelung der Staatseinnahmen begreifen, wird die gegenwärtige Konjunkturschwäche nicht nur anhalten, sondern zur Krise auswachsen. Die Signale des Marktes sind eine dringende Aufforderung, sich auf die Gestaltungs- und Steuerungsfunktion der Steuerpolitik zu besinnen.

Schwache Binnenkonjunktur

Die Schwäche der Binnenkonjunktur und die In-



vestitionsschwäche der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind dafür verantwortlich, dass die weltwirtschaftlichen Schwankungen so unmittelbar durchschlagen und die Konjunktur dämpfen.

Ökosteuer muss weg

Die Stärkung von Binnenkonjunktur und Investitionskraft ist daher das einzige Rezept, um der Abwärtsentwicklung, die durch die aktuelle Teuerungsrate noch beschleunigt wird, entgegenzuwirken. Als Sofortmaßnahme empfiehlt dieses Rezept: Weg mit der Ökosteuer und Vorziehen der Steuerentlastung für den Mittelstand von 2005 auf 2002.

FU-Postkarten-Set

1 Set = 20 Postkarten/4 Motive á 5 x

Bestell-Nr.: 9573

je Set: 23,00 DM (11,76 EURO)



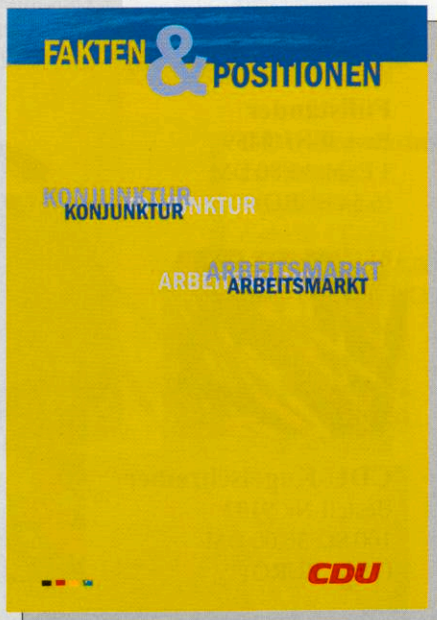
Broschüre (DIN A4)

„Fakten & Positionen –

Konjunktur und Arbeitsmarkt“

Bestell-Nr.: 5748

25 Expl.: 22,00 DM (11,25 EURO)



machen
BÜRGER  STAAT

**Eine AKTION DER CDU ZUM
»INTERNATIONALEN JAHR DER
FREIWILLIGEN« 2001**

Aktionsleitfaden

CDU

Aktionsleitfaden Ehrenamt (DIN A4)

„Bürger machen Staat“

Bestell-Nr.: 4711

20 Expl.: 28,00 DM (14,32 EURO)

Für ein Familiensommerfest mit der CDU



CDU-Sonnenschirm

Bestell-Nr. **0458**
 Durchmesser 180 cm
 1 Expl. 75,00 DM
 (38,35 EURO)



Postkarte:

„ausnahmsweise mal was
 Schönes in rot-grün“
 Bestell-Nr.: **9618**
 Preis je 250 Expl.: 35,00 DM
 (17,90 EURO)

Füllständer

Bestell-Nr. **0459**
 1 Expl. 12,80 DM
 (6,54 EURO)



Gummibärchen-Minitüten

1 Runddose mit 100 Tütchen
 Bestell-Nr.: **9547**
 Je Runddose: 19,90 DM
 (10,17 EURO)



CDU-Kugelschreiber

Bestell-Nr. **9102**
 100 St.: 36,00 DM
 (18,41 EURO)



CDU-Papierfähnchen

Bestell-Nr. **9426**
 1000 St.: 110,00 DM
 (56,24 EURO)



Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nr.: **9070**
 100 Expl.: 50,00 DM
 (25,56 EURO)

CDU-Feuerzeug

Bestell-Nr. **9506**
 25 St.: 23,75 DM
 (12,14 EURO)

BESTELL-ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
 Postfach 1465
 59306 Ennigerloh
 Telefax 02524/911310
 e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Gerüstet für den Sommer mit der CDU



CDU-Beach-Volleyball

Bestell-Nr.: 9158

Preis je Ball: 21,60 DM
(11,04 EURO)



CDU-Wasserball

Bestell-Nr.: 9778

Preis je 10 Expl.: 20,00 DM
(10,23 EURO)



Baseball-Cap

Bestell-Nr.: 9656

Preis je Expl.: 9,00 DM
(4,60 EURO)



CDU-Strandtuch

Größe 0,70 x 1,40 m

Bestell-Nr.: 9458

Preis je Expl.: 19,90 DM
(10,17 EURO)



CDU-Seemanns-rucksack

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl. 34,00 DM (17,38 EURO)

Bestell-Nr. 9661

(blau)

Bestell-Nr. 9662

(gelb)



Wasserspritz-tierchen

Bestell-Nr.: 9559

30 Stück: 29,95 DM
(15,31 EURO)



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



**Manchmal GIBT ES EIN RECHT AUF
FAULHEIT. DESHALB: SCHÖNE FERIEEN.**



CDU

Sommer-Wandzeitung „Schöne Ferien“ für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.